

Mitteilungsblatt Nr. 171

Berufungsordnung der Hochschule Lausitz (FH)

Der Präsident
29.05.2009

Aufgrund des § 38 Abs. 5 i.V.m. § 62 Abs. 2 Ziffer 2 und § 89 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Brandenburg vom 18.12.2008 (GVBl. I S. 318) hat der Senat der Hochschule Lausitz (FH) folgende Berufsungsordnung erlassen.

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Ordnung gelten gleichermaßen in der weiblichen wie in der männlichen Form.

§ 1 **Geltungsbereich und Ziel**

Diese Satzung gilt ausschließlich für das Verfahren der Berufung von Hochschullehrern im Sinne des BbgHG (Professoren). Sie soll ein qualitätsgesichertes Berufsungsverfahren gewährleisten, das die Profilbildung der Hochschule Lausitz (FH) wirksam unterstützt.

§ 2 **Denomination von freien Hochschullehrerstellen**

1. Ist die Stelle eines Hochschullehrers zu besetzen, prüft der Präsident insbesondere unter Berücksichtigung der Hochschulentwicklungs- und Strukturplanung, ob die Stelle
 - unter Beibehaltung ihrer bisherigen Denomination, Zuordnung und Wertigkeit besetzt oder
 - unter Änderung ihrer Denomination und /oder Zuordnung und/oder Wertigkeit besetzt oder
 - nicht besetzt werden soll.
2. Wird eine Hochschullehrerstelle frei, beantragt der Fakultätsrat der Fakultät, dem die Hochschullehrerstelle zugeordnet ist, bis möglichst achtzehn Monate vor dem Freiwerden beim Präsidenten die Besetzung der Hochschullehrerstelle. Wird eine Hochschullehrerstelle außerplanmäßig frei, beträgt die Frist nach Satz 1 zwei Monate nach Bekanntwerden des Freiwerdens. Der Lauf, der in Satz 1 und 2 genannten Fristen, beginnt mit dem In-Kraft-Treten dieser Berufsungsordnung. Dem Antrag ist eine Funktionsbeschreibung für die zu besetzende Professur beizufügen.
3. Vor der Entscheidung des Präsidenten nach Absatz 4 erörtert dieser mit dem Dekan und im Fall einer gemeinsamen Berufung auch mit der außerhochschulischen Forschungseinrichtung im Rahmen eines Strategiegespräches insbesondere:
 - das Anforderungsprofil der zu besetzenden Professur und deren Bedeutung für die Ziele der Hochschule und für die Wissenschaftsstandorte Senftenberg und Cottbus insbesondere in der Hochschulentwicklungsplanung zur Stärkung der Profilbereiche und der innovativen Lehre und Forschung,
 - den Rahmen der personellen und sächlichen Ausstattung der Professur und den Vergaberahmen für die Höhe der persönlichen Bezüge,
 - das Auswahlverfahren im Kontext der Bewerbungssituation,

- die Bestimmung eines stimmberechtigten Mitgliedes der zu bildenden Berufungskommission nach § 38 Absatz 2 Satz 2 BbgHG.

Das Ergebnis des Gespräches ist aktenkundig zu machen.

4. Der Präsident entscheidet über die Denomination, Zuordnung und Wertigkeit der Hochschullehrerstelle. Soll vom Antrag des Fakultätsrates nach Absatz 2 abgewichen werden, holt der Präsident vor seiner Entscheidung unverzüglich die Stellungnahme des Senates ein.

§ 3

Ausschreibung von Hochschullehrerstellen

1. Der Fakultätsrat der Fakultät, dem die freie Hochschullehrerstelle zugeordnet ist, beschließt binnen einer Frist von vier Wochen auf der Grundlage der Entscheidung des Präsidenten einen Ausschreibungstext und leitet diesen dem Präsidenten zu. In den Beschluss nach Satz 1 ist auch aufzunehmen, ob und in welcher Form die Ausschreibung international unter Berücksichtigung der Fachkultur erfolgt. Soll ein Berufungsverfahren gemäß § 38 Absatz 9 BbgHG gemeinsam mit einer außerhochschulischen Forschungseinrichtung durchgeführt werden, bedarf der Ausschreibungstext der Zustimmung der außerhochschulischen Forschungseinrichtung.
2. Der Präsident entscheidet über den Ausschreibungstext und gibt die Ausschreibung frei.
3. Die Ausschreibung der Stelle erfolgt zügig nach der Entscheidung des Präsidenten. Die Ausschreibung soll in einer geeigneten überregionalen Zeitschrift oder Zeitung und in geeigneten internationalen Medien erfolgen. Auf der Homepage der Hochschule sollen weitere, erläuternde Hinweise zur Ausschreibung erfolgen.
4. Die Bewerbungsfrist beträgt 4 Wochen.
5. Die Fakultät soll geeignet erscheinende Bewerber über die Ausschreibung informieren und zur Bewerbung auffordern. Besonders Frauen sollen zur Bewerbung aufgefordert werden.

§ 4

Inhalt der Stellenausschreibung

1. Die öffentliche Stellenausschreibung muss enthalten:
 - die Denomination der Hochschullehrerstelle und die Besoldungsgruppe,
 - den Zeitpunkt der Einstellung,
 - die Dauer der Berufung,
 - die zu erfüllenden Aufgaben in der Lehre, in der Forschung, im Wissens- und Technologietransfer, in der akademischen Selbstverwaltung und im Wissenschaftsmanagement,

- einen Hinweis auf die Einstellungsvoraussetzungen gemäß § 39 BbgHG,
 - einen Hinweis auf die Gleichstellung von Frauen und Männern,
 - einen Hinweis auf die bevorzugte Berücksichtigung von schwerbehinderten Menschen bei gleicher Eignung,
 - die Bewerbungsfrist,
 - die Empfängeranschrift an der Hochschule Lausitz (FH) und
 - einen Hinweis auf die einzureichenden Unterlagen.
2. Der Ausschreibungstext ist so abzufassen, dass das Anforderungsprofil vollständig abgebildet wird. Sofern auf der Homepage der Hochschule erläuternde Informationen zum Ausschreibungstext zur Verfügung gestellt werden, dürfen dort keine zusätzlichen Auswahlkriterien benannt sein.

§ 5

Zusammensetzung der Berufungskommissionen

1. Die Wahl der Mitglieder der Berufungskommission nach § 38 Abs. 2 BbgHG erfolgt unverzüglich nach der Entscheidung des Präsidenten nach § 2 Abs. 4, der Bestimmung eines Mitgliedes der Berufungskommission durch den Präsidenten nach Absatz 5 und der Bestimmung der Mitglieder der Berufungskommission nach § 38 Absatz 9 BbgHG durch die außerhochschulische Forschungseinrichtung bei einem gemeinsamen Berufungsverfahren. Der Berufungskommission gehören in der Regel an:
- fünf Vertreter der Gruppe der Hochschullehrer, davon ein hochschulexterner sachverständiger Professor,
 - zwei Vertreter der Gruppe der akademischen Mitarbeiter,
 - zwei Vertreter der Gruppe der Studierenden.
- Mindestens 40 Prozent der stimmberechtigten Mitglieder der Berufungskommission sollen Frauen sein, darunter mindestens eine Professorin.
2. Sofern die Fakultät eine andere Zusammensetzung der Berufungskommission beschließt, verfügen die Professoren über die Mehrheit der Stimmen. Einer Berufungskommission dürfen nicht mehr als dreizehn stimmberechtigte Mitglieder angehören.
3. Als beratende Mitglieder gehören der Berufungskommission an:
- die Schwerbehindertenvertrauensperson, sofern Bewerbungen von Schwerbehinderten vorliegen,
 - die Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule Lausitz (FH) oder eine von ihr benannte Vertreterin.

Der Dekan kann als beratendes Mitglied an den Sitzungen der Berufungskommission teilnehmen. Weitere beratende Mitglieder können vom Fakultätsrat gewählt werden.

4. Für jedes Mitglied der Berufungskommission kann ein Stellvertreter gewählt werden, der im Falle des Ausscheidens oder der Abwesenheit eines stimmberechtigten Mitglieds seiner Gruppe dieses mit Stimmrecht vertritt.
5. Der Präsident bestimmt gemäß § 38 Abs. 2 Satz 2 BbgHG ein stimmberechtigtes Mitglied der Berufungskommission. Dieses Mitglied hat insbesondere darauf hinzuwirken, dass die Hochschulentwicklungs- und Strukturplanung bei der Entscheidungsfindung der Berufungskommission Berücksichtigung findet. Das Mitglied berichtet dem Präsidenten regelmäßig über den aktuellen Stand des Berufungsverfahrens.

§ 6

Festlegungen der Berufungskommission

1. Die Berufungskommission tritt unverzüglich nach Ablauf der Bewerbungsfrist zusammen, stellt einen verbindlichen Terminplan auf, legt die näheren Auswahlkriterien auf der Grundlage des Ausschreibungstextes und insbesondere die Verfahrensweise der Begutachtung schriftlich fest. Sie sichtet die Bewerbungsunterlagen und wählt auf der Grundlage der Auswahlkriterien geeignete Bewerber für eine hochschulöffentliche Präsentation (ein Probenvortrag mit Diskussion und eine Probelehrveranstaltung) gemäß § 7 aus. Allen Bewerbern wird der Eingang der Bewerbungsunterlagen schriftlich oder in elektronischer Form bestätigt. Mit der Bestätigung ist auf die voraussichtliche Dauer des Berufungsverfahrens hinzuweisen.
2. Die Berufungskommission beschließt, ob die Wiederholung der Ausschreibung unverzüglich erfolgen soll, wenn die Zahl und/oder die Qualität der Bewerbungen unzureichend sind/ist. Der Beschluss ist gegenüber dem Präsidenten schriftlich zu begründen. Die Bewerber sind über den Beschluss zu informieren. Der Präsident entscheidet, ob die Ausschreibung wiederholt oder ob das Berufungsverfahren nach Maßgabe der §§ 2 und 3 fortgeführt wird.

§ 7

Hochschulöffentliche Präsentation, Feststellung der pädagogischen Eignung

1. Die nach § 6 Absatz 1 ausgewählten Bewerber werden durch den Vorsitzenden der Berufungskommission schriftlich zur hochschulöffentlichen Präsentation und einem Gespräch mit der Berufungskommission eingeladen, die i. d. R. innerhalb von zehn Wochen nach Ablauf der Ausschreibungsfrist stattfinden soll.
2. Unverzüglich nach Ablauf der hochschulöffentlichen Präsentation und des Gespräches mit der Berufungskommission beschließt diese, welche Bewerber in den Berufungsvorschlag gemäß § 38 Abs. 3 Satz 1 BbgHG aufgenommen werden sollen. Eine Reihung wird nicht vorgenommen. In begründeten Ausnahmefällen ist die Aufnahme von Nichtbewerbern oder Bewerbern, die keine hochschulöffentliche Präsentation vorgenommen haben, möglich.
3. In Auswertung der hochschulöffentlichen Präsentation, des Gespräches mit der Berufungskommission und anhand von vorgelegten Evaluationsberichten stellt die Berufungskommission die pädagogische Eignung i. S. d. § 39 Abs. 1 Nr. 2 BbgHG fest. Dazu sind insbesondere folgende Anforderungen an die Bewerber zu prüfen:
 - Fähigkeit, die jeweilige Fachlehre lernförderlich zu gestalten,

- Fähigkeit, lernzielorientiert, transparent und fair zu prüfen
- Bereitschaft, sich an der Evaluation von Lehrveranstaltungen und Studiengängen zu beteiligen und sich pädagogisch weiterzubilden
- Bereitschaft, zu innovativen Entwicklungen in Lehre und Studium fachbezogen oder fachübergreifend beizutragen,
- Bereitschaft zur Weiterentwicklung der persönlichen hochschuldidaktischen Kompetenz

§ 8 Gutachten

Die vergleichenden Gutachten nach § 38 Abs. 3 Satz 2 BbgHG werden vom Vorsitzenden der Berufungskommission auf Grund eines Beschlusses der Berufungskommission eingeholt. Bei der Auswahl der Gutachter ist darauf zu achten, dass diese frei sind von persönlichen Bindungen vom zu Begutachtenden. Die Gutachter werden gebeten, innerhalb einer Frist von 8 Wochen vergleichende Gutachten einzureichen. Als Gutachter sollen Frauen angemessen beteiligt werden.

§ 9 Berufungsvorschlag

1. Unverzüglich nach Eingang der Gutachten beschließt die Berufungskommission den Berufungsvorschlag nach Maßgabe des § 38 Absatz 3 BbgHG. Sie kann weitere Gutachten, die innerhalb einer Frist von acht Wochen einzureichen sind, einholen, insbesondere wenn von Seiten der Gutachter Bedenken gegen die Berufungsfähigkeit eines Bewerbers bestehen.
2. Der nach § 38 Abs. 3 BbgHG zu erstellende Berufungsvorschlag muss dem Grundsatz der Bestenauslese (Art. 33 Abs. 2 GG) Rechnung tragen. Die durch die Ausschreibung und das BbgHG vorgegebenen Kriterien für die Bewerberauswahl sind zu beachten. Zusätzliche Auswahlkriterien dürfen während des Berufungsverfahrens nicht herangezogen werden.
3. Der Berufungsvorschlag wird durch die Berufungskommission innerhalb von zwei Wochen nach seiner Erstellung dem Dekan vorgelegt. Der Dekan leitet den Berufungsvorschlag unverzüglich dem Fakultätsrat zur Beschlussfassung zu.
4. Lehnt der Fakultätsrat einen Berufungsvorschlag ab, beschließt er auch, ob die Besetzung der Stelle nach § 2 Absatz 2 beantragt wird.
5. Der Berufungsvorschlag muss enthalten:
 1. Das Deckblatt mit der Benennung der zu besetzenden Stelle, die Fakultätszuordnung, den Beschluss des Fakultätsrates über den Berufungsvorschlag, geordnet nach Statusgruppen sowie die mit Unterschriften versehenen Anwesenheitslisten,
 2. ein Gliederungs- und Anlagenverzeichnis,
 3. eine Kopie des Ausschreibungstextes und die Aufzählung der Publikationsorte einschließlich der Veröffentlichungstermine sowie die Funktionsbeschreibung,
 4. die Benennung der Mitglieder der Berufungskommission und den Beschluss des Fakultätsrates, geordnet nach Statusgruppen sowie die mit Unterschriften versehenen Anwesenheitslisten,

5. die eingehende Würdigung der vorgeschlagenen Bewerber mit ausführlicher Begründung der Rangfolge unter Berücksichtigung der Gutachten, der hochschulöffentlichen Präsentationen, der bisherigen wissenschaftlichen oder künstlerischen Leistung und der pädagogischen Eignung. Nachgewiesen insbesondere durch Vorlage von Evaluationsergebnissen, durch Lehr- und/oder Ausbildungstätigkeit, Lehrberichten und/oder der Teilnahme an hochschuldidaktischen Fortbildungen.
 6. Soweit der Berufungsvorschlag weniger als 3 Bewerber umfasst, sind die Gründe dafür durch die Berufungskommission gesondert schriftlich darzulegen,
 7. die Protokolle der Beratungen der Berufungskommission mit der Darstellung des Verfahrensablaufes, von Terminentscheidungen und Beteiligten,
 8. eine Zusammenstellung aller Bewerber mit vollständigem Namen, akademischen Titel, Privatadressen und dem Datum des Bewerbungseingangs,
 9. eine Zusammenstellung der Bewerber, die für die Probevorträge nicht berücksichtigt wurden und die Benennung der Gründe der Nichtberücksichtigung in Kurzform; hierbei ist eine Gruppenbildung möglich; allgemeine Feststellungen zur Nichterfüllung der Ausschreibungsanforderungen sind nicht zulässig,
 10. eine Zusammenstellung der Bewerber, die zu Probevorträgen eingeladen wurden und die Darstellung der Gründe der Nichtberücksichtigung für den Berufungsvorschlag,
 11. eine Begründung für die Auswahl der Gutachter,
 12. die Gutachten für alle in den Berufungsvorschlag aufgenommenen Personen,
 13. die Bewerbungsunterlagen der Vorgeschlagenen mit wissenschaftlichem oder künstlerischem und beruflichem Werdegang, beglaubigte Zeugniskopien, Veröffentlichungsverzeichnis und einem Verzeichnis der durchgeführten Lehrveranstaltungen,
 14. die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschule Lausitz (FH),
 15. die Stellungnahme der Schwerbehindertenvertrauensperson der Hochschule Lausitz (FH), soweit Schwerbehinderte sich beworben haben und
 16. Sondervoten, sofern vorhanden.
6. Beschlüsse der Berufungskommission und des Fakultätsrates über den Berufungsvorschlag dürfen nicht im Umlaufverfahren erfolgen.

§ 10

Sitzungen und Beschlüsse der Berufungskommissionen

1. Die Berufungskommission tagt in nichtöffentlicher Sitzung. Die Mitglieder sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Über jede Sitzung ist ein Protokoll zu fertigen, das den Mitgliedern zuzuleiten ist.
2. Über die Vergabe eines jeden Ranges in der Berufsungsliste (Listenplatz) wird getrennt abgestimmt. Die Abstimmung über einen nachfolgenden Listenplatz darf erst erfolgen, wenn ein Beschluss über den vorangehenden Listenplatz erfolgt ist. Danach erfolgt die Abstimmung über die Berufsungsliste als Ganzes. Bei Abstimmungen sind die Stimmen der Vertreter der Gruppe der Hochschullehrer gesondert zu zählen. Unterliegt die Mehrheit der Mitglieder der Berufungskommission bei der Abstimmung über den Berufungsvorschlag, kann diese ihren Vorschlag als weiteren Berufungsvorschlag vorlegen.

3. Bei der Abstimmung unterlegene Mitglieder der Berufungskommission, die Gleichstellungsbeauftragte und die Schwerbehindertenvertrauensperson sind berechtigt, dem Berufungsvorschlag ein Sondervotum beizufügen. Dieses muss in der Sitzung, in der über den Berufungsvorschlag abgestimmt wird, angekündigt und dem Vorsitzenden der Berufungskommission innerhalb einer Frist von einer Woche nach Beendigung der Sitzung schriftlich begründet werden. Das Sondervotum ist dem Protokoll der Sitzung beizufügen.
4. Für die Beschlussfähigkeit, die Abstimmungen und das Stimmrecht finden unbeschadet des Absatzes 3 die Vorschriften der Grundordnung der Hochschule Lausitz (FH) Anwendung.

§ 11 **Ruferteilung**

1. Der Präsident entscheidet auf der Grundlage der Beschlüsse der Berufungskommission, des Fakultätsrates und dem Votum des Senats über den Berufungsvorschlag.
2. Der Präsident erteilt den Ruf zur Besetzung der Hochschullehrerstelle. In dem Ruferteilungsschreiben an den Bewerber ist dieser über das weitere Verfahren zur Besetzung der Stelle an der Hochschule Lausitz (FH) zu informieren.
3. Beabsichtigt der Präsident von dem Berufungsvorschlag oder von der Rangfolge des Berufungsvorschlages abzuweichen, gibt er dem Fachbereich Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Stellungnahme ist innerhalb von vier Wochen abzugeben.
4. Bestehen gegen den Berufungsvorschlag Bedenken des Präsidenten oder lehnt der Senat den Berufungsvorschlag ab oder geben die Vorgesetzten den an sie ergangenen Ruf zurück, wird der Berufungsvorschlag in die Fakultät zurückgegeben und die Fakultät aufgefordert, einen neuen Berufungsvorschlag vorzulegen oder über die erneute Ausschreibung gemäß § 3 zu beschließen.
5. In dem Auswahlverfahren nicht berücksichtigte Bewerber werden unverzüglich nach der Erteilung des Rufes über ihre Nichtberücksichtigung informiert. Die Bewerbungsunterlagen sind frühestens 3 Monate nach der Ruferteilung zurückzusenden.
6. Entscheidungen und Beschlüsse des Fakultätsrates und des Senats erfolgen unter Beachtung des § 7 der Grundordnung der Hochschule Lausitz.

§ 12 **Rufannahme/Ernennung**

1. Der mit dem Ruf bedachte Bewerber erhält eine Frist von vier Wochen sich schriftlich hinsichtlich der Rufannahme gegenüber dem Präsidenten zu erklären. Die Frist beginnt mit Zugang des Protokolls der Berufungsverhandlung beim vorgenannten Bewerber.
2. Nach erfolgreich durchgeführten Berufungsgesprächen sowie der schriftlichen Rufannahme durch den Bewerber wird das Einstellungs- und Ernennungsverfahren eingeleitet.

§ 13

Weiterführung eines befristeten Dienstverhältnisses

1. Einer erneuten Ausschreibung und der Durchführung eines Berufungsverfahrens bedarf es nicht, wenn ein befristetes Angestelltenverhältnis oder ein Beamtenverhältnis auf Zeit nach Fristablauf fortgesetzt werden soll und die Stelle unbefristet ausgeschrieben war (§ 38 Abs. 1 Satz 5 BbgHG).
2. Ist im Falle einer Erstberufung der Professur ein Beamtenverhältnis auf Zeit berufen worden, so kann das Beamtenverhältnis vor Ablauf der Amtszeit in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit umgewandelt werden, wenn die Stelle vor der befristeten Besetzung unbefristet ausgeschrieben und der Professor den Ruf auf eine unbefristete und mindestens gleichwertige Professur an einer anderen Hochschule vorlegt oder ein gleichwertiges Einstellungsangebot eines anderen Arbeitgebers glaubhaft macht. Für Professoren in einem befristeten Angestelltenverhältnis gilt entsprechendes.
3. Die Dauer des befristeten Angestelltenverhältnisses oder des Beamtenverhältnisses auf Zeit ist höchstens auf fünf Jahre begrenzt, im Falle der Erstberufung beträgt sie zwei Jahre. Eine erneute zeitlich beschränkte Berufung zum Professor ist zulässig, sofern hinsichtlich im Falle eines befristeten Angestelltenverhältnis eine Gesamtdauer von zehn Jahren, im Falle eines Beamtenverhältnisses auf Zeit eine Gesamtdauer von fünf Jahren, nicht überschritten wird.
4. Der Antrag des Professors ist über den Dekan spätestens sechs Monate vor dem Ende des Befristungszeitraumes beim Präsidenten einzureichen. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:
 - (a) Darstellung des weiteren Bedarfs der Professur in Lehre und Forschung,
 - (b) Darstellung und Bewertung der Leistungen in Lehre, Forschung und der Selbstverwaltung unter besonderer Berücksichtigung
 - der Beteiligung an den Aufgaben der Studienreform und Studienberatung,
 - der wissenschaftlichen Veröffentlichungen,
 - der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung,
 - der Förderung des Wissens- und Technologietransfers (einschl. der Kooperation mit Unternehmen u.ä.) sowie
 - der Einwerbung von Drittmitteln.
5. Der Präsident entscheidet nach dem Beschluss des Fakultätsrates und dem Votum des Senates über den Vorschlag zur Weiterführung des Dienstverhältnisses. Über die Entscheidung ist der Professor unverzüglich und spätestens drei Monate vor Ablauf des Dienstverhältnisses zu informieren.
6. Der Vorschlag zur Weiterführung eines befristeten Dienstverhältnisses ist anschließend dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur zuzuleiten.

§ 14
In-Kraft-Treten; Außer-Kraft-Treten

Diese Berufsungsordnung tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Hochschule Lausitz (FH) in Kraft. Zugleich tritt die Berufsungsordnung der Hochschule Lausitz (FH) vom 30.06.2003 außer Kraft.

Senftenberg, 29.05.2009

Prof. Dr. Günter H. Schulz
Präsident der Hochschule Lausitz (FH)